

Anknüpfend an die aktuellen Darstellungen in der Presse (HAZ, NP 9.10) wollen wir Ihnen die aktuelle Lage aus unserer Sicht darstellen. Ihnen ist bekannt, dass im Beteiligungsverfahren immer wieder auf das Entscheidungsrecht des Rates der LHH verwiesen wurde, und das Eckdatenpapier nur empfehlenden Charakter hat. Die Planungsinhalte sind wie bekannt umstritten, vielfach wurden Fakten verweigert etc. So kann es keine Akzeptanz geben. Nun ergeben sich drei Optionen:

- A) Dem Investor wird ein Flächentausch angeboten, d.h. für das Bumke-Gelände bekommt er eine Fläche der LHH, die z.B. gerade in Kronsrode vermarktet werden. Dann könnten wir in der Nordstadt gemeinsam einen wirklich nachhaltigen Baustein liefern: mit autofreiem Quartier, klimagerechtem „Bauen im Bestand“ mit Umnutzungen und Ergänzungen statt Total-Abriss und die neue Gemeinnützigkeit von Wohnraum (s. Ampel-Sondierungen) gleich Praxis werden lassen.
- B) Das Bumke-Haus (=das Vorderhaus am E-Damm) bleibt erhalten und wird in eine nicht-profitorientierte Trägerschaft gebracht (idealerweise Selbstverwaltung mit Eigenleistungen). Dann hätten wir einen Kompromiss, der für die Firma Gerlach sicherlich zumutbar ist, deren Kerninteressen sind die Eigentumswohnungen im hinteren Bereich. Selbst im Eckdatenpapier sind auf der Baufläche des Bumke-Hauses alternative Wohnformen vorgesehen. Sicherlich, der Investor hätte dann keine große Einzelhandelsfläche im EG, aber spätestens seit Corona ist es ziemlich absurd, mehr Einzelhandelsflächen zu bauen und dafür ein völlig intaktes Gebäude abzureißen und klimaschädlich neu zu bauen. Die im Beteiligungsverfahren gewünschte hohe bauliche Dichte (GFZ 2,0) ist auch mit Erhalt des Bumke-Hauses möglich. Mit Bumke-Haus entsteht mehr bezahlbarer Wohnraum!
- C) Die Politik belässt es bei einem kurzem „eigentlich geht das so mit dem Abriss noch nicht“, lässt den Investor aber gewähren und hat dann die volle Verantwortung für Wortbruch, manipulierten Grundriss, fehlende Klimabilanzierung und Ignoranz gegenüber dem Bedarf dauerhaft bezahlbaren Wohnraum (und nicht nur steuersubventionierte befristete Preisdämpfungen) in der Nordstadt zu schaffen. Unsere Argumente sind da hinreichend bekannt.

Der erste Schritt muss ein klares „Nein“ zum „Tatsachen schaffen“ des Investors sein. Da Politik & Bauwirtschaft oft eine gewisse Vernetzung haben, gehen wir auch davon aus, dass Sie eine Möglichkeit finden, den Herrn Theo Gerlach direkt zu kontaktieren, das wäre wahrscheinlich zielführender als es nur mit dem sich bisher sehr profitfixiert verhaltenden Geschäftsführer Herrn Kummer zu versuchen.

Vielleicht ist es ja für Sie attraktiv eine konstruktive Lösung zu suchen, die zunächst ermöglicht, dass beide zu erstellenden Beschlussdrucksachen (B-Plan, städtebaulicher Vertrag) in öffentlichen Sitzungen beraten werden, so dass wir uns VOR Beschlussfassung durch den Rat der LHH (und „Tatsachen schaffen“ des Investors) in einem „transparenten, demokratischen Meinungsbildungsprozess“ einbringen können, und für abweichende Vorstellungen zum Eckdatenpapier werben können. Dies wurde uns übrigens bereits 2020 (10/2020 61.11) durch den Oberbürgermeister schriftlich zugesagt.